

2160/J XXI.GP

Eingelangt am: 20.03.2001

### ANFRAGE

der Abgeordneten Haidlmayr, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Inneres

betreffend Budgetkosten durch ZD - Novelle und Ungleichstellung der Rechtsträger

Durch die Novellierung des Zivildienstgesetzes, welches seit 01.01.01 in Kraft ist, kommt es zu wesentlichen Veränderungen der ZD - Ausgaben in Ihrem Ministerium. Wurde bis zum 31.12.00 die Pauschalvergütung von Ihrem Ministerium ausbezahlt, so wird diese seit 1.1.01 auf die Rechtsträger der Einrichtungen abgewälzt. Auch die Vergütungen durch die Rechtsträger der Einrichtungen wurden neu geregelt.

Es gibt seit 1.1.01 drei Gruppen von Rechtsträger:

Die **privilegierteste** Gruppe sind Rechtsträger im **Rettungswesen** und in der **Katastrophenhilfe**, sie **erhalten** pro Zivildienstler im Monat **S 6.000,--**.

**Bereits um 50 % schlechtergestellt** sind Rechtsträger in der

Sozial - und Behindertenhilfe

Altenbetreuung

Krankenbetreuung

Betreuung von Drogenabhängigen

Vertriebenen

Asylwerbern

Flüchtlings

Schubhäftlingen,

sie **erhalten** pro Zivildienstler im Monat nur mehr **S 3.000,--**.

Am schlechtesten gestellt sind Einrichtungen einer Gebietskörperschaft bzw.

Rechtsträger die eine Gebietskörperschaft durch finanzielle oder sonstige wirtschaftliche oder organisatorische Maßnahme beherrscht. Diese müssen an Ihr Ministerium pro Zivildienstler im Monat **S 3.000,-- zahlen**.

So kommt es z.B. in Oberösterreich zur Situation, dass sowohl Rettungsorganisationen, wie auch Rechtsträger in der Sozial - und Behindertenhilfe, Behinderten - fahrdienste (Freizeit - und Schultransporte) durchführen. Während für einem Zivildienstler im Rettungswesen, die diese Dienste durchführt, S 6.000,-- pro Monat von Ihrem Ministerium an die Rechtsträger bezahlt werden, erhalten Behinderten - organisationen, die ebenfalls diese Behindertenfahrdienste durchführen für ihren Zivildienstler nur S 3.000,-- pro Monat von Ihrem Ministerium.

Ihre Begründung für die Neuregelung der Zivildienerkosten war unter anderem, dass es zwischen den Einrichtungen Ungleichbehandlungen gibt und diese wollen Sie abstellen.

Sie haben durch Ihre Neuregelung diese ekladante Ungleichstellung nicht abgeschafft, sondern noch mehr vertieft, Blaulichtorganisationen werden noch besser bedient, also je zu vor, das Privilegienrittertum gefestigt wie nie.

Während die Blaulichtorganisationen bestens bedient werden, kämpfen andere Rechtsträger massiv um ihre Existenz.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

**ANFRAGE:**

1. Gibt es einen Grund dafür, dass Sie die Privilegien der Blaulichtorganisationen noch weiter ausgebaut und die der anderen Rechtsträger dafür massiv geschwächt haben?  
Wenn ja: Wie lautet dieser?  
Wenn nein: Warum dann diese ekladente Ungleichstellung?
2. Ist Ihnen ein Zivildienstler, der seinen Dienst bei Blaulichtorganisationen ableistet, mehr wert als ein Zivildienstler, der seinen Dienst in einer Behinderteneinrichtung absolviert?  
Wenn ja: Warum?  
Wenn nein: Warum ist Ihnen dann ein Zivildienstler bei einer Blaulichtorganisation S 6.000,-- pro Monat wert und hingegen ein Zivildienstler bei einer Behindertenorganisation nur S 3.000,-- pro Monat?
3. Für wieviel Zivildienstler hat Ihr Ministerium in den Monaten Jän. und Feb. 2001 S 6.000,-- bzw. S 3.000,-- pro Monat an welchen Rechtsträger überwiesen?  
(Aufstellung nach Bundesland, Rechtsträger, Monat, Anzahl der ZD für die S 6.000,-- bzw. S 3.000,-- überwiesen wurde)
4. Wie hoch werden die Ausgaben Ihres Ministeriums für den Zivildienst im Jahr 2001 sein?  
(Detaillierte Aufstellung der Aufwandsposten und Höhe des jeweiligen Aufwandes)
5. Wie hoch werden die Einnahmen in Ihrem Ministerium im Bereich ZD sein?  
(Detaillierte Aufstellung der Ertragsposten und Höhe des jeweiligen Ertrages)
6. Wie viele Mitarbeiterinnen waren in den Jahren 1997, 1998, 1999, 2000 in der Abteilung ZD beschäftigt?
7. Wieviel MitarbeiterInnen werden es mit 31.3.2001 sein?

8. Sind noch weitere Kündigungen bzw. Versetzungen in andere Abteilungen geplant?  
Wenn ja: Wieviel MitarbeiterInnen sind davon betroffen?